

Plenarprotokoll

95. Sitzung

Freitag, 17. Juli 2015

"70 Jahre nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft: Politische Verantwortung für historische Erinnerung"

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten sowie der Abgeordneten des SSW - Drucksache [18/3183](#) (neu/2.Fassung)

Angelika Beer [PIRATEN]

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Das Ende des zweiten Weltkriegs ist eine Zäsur des 21. Jahrhunderts. Mehr als 70 Millionen Menschen kamen in sechs Jahren ums Leben, davon über die Hälfte Zivilisten. 13 Millionen sowjetische Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter, Euthanasieopfer sowie Sinti und Roma, die zu den Juden Europas hinzukommen, fielen dem **deutschen Massenverbrechen** zum Opfer.

An dieser Stelle möchte ich auch auf den Beginn eingehen. Der Beginn am 1. September 1939 mit dem Beschluss der Halbinsel Westerland erfolgte durch das deutsche Schulschiff „Schleswig-Holstein“. Ich möchte an dieser Stelle auch auf das Ende eingehen. Der Krieg endete im August 1945 mit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki.

Welch eine unglaubliche Verantwortung, aber auch Last für uns, die heute den verantwortlich Handelnden im Gedenken verpflichtet sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht nur um **Gedenken**, sondern auch um weitere **Aufarbeitung**. Deswegen ist es gut, dass wir alle den Auftrag zur geschichtswissenschaftlichen Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive erteilt haben. Das ist erwähnt worden. Der Beirat unseres Landtags, dem ich angehöre, begleitet die Arbeit. Wir können sicher sein, dass ein Stück noch nicht entdeckter, auch schwieriger Geschichte in unserem Land im nächsten Jahr an diesem Ort diskutiert werden wird.

Die Aufarbeitung reicht nicht aus. Wir müssen die Möglichkeit haben, dieser Verbrechen zu gedenken. Es gibt – das ist gesagt worden – nur noch wenige Zeitzeugen, die der Jugend heute und damit den Verantwortlichen von morgen über die Verbrechen des deutschen Faschismus berichten können. Deswegen möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass die Delegation des Ältestenrats demnächst nach Israel fährt. Ich bin sicher, dass die Einstimmigkeit des heutigen Beschlusses, aber auch die Einstimmigkeit bisherigen Beschlüsse eine Unterstützung für Sie ist, wenn Sie zum **Gedenken an die Opfer** stellvertretend für den Landtag einen Kranz in Yad Vashem niederlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur BGS! Die **Neustrukturierung der BGS** reicht nicht aus. Frau Ministerin Spoorendonk, das Haben Sie im letzten Jahr selber festgestellt. Wir wollen uns beteiligen – deswegen stimmen wir auch für die heutige Fassung -, wir wollen ein wirklich tragfähiges Landesgedenkstättenkonzept erarbeiten. Seit letztem Mai ist wirklich nicht viel passiert. Bei den Plänen zur Neulandhalle reicht es nicht aus – ich glaube, da besteht Konsens -, auf die Finanzierung in der nächsten Legislaturperiode zu verweisen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit der **Einbindung des Parlaments** in die Neustrukturierung der Bürgerstiftung gehen wir einen ganz wichtigen und entscheidenden Schritt. Nicht nur das dieser Schritt der BGS eine parlamentarische Legitimation gibt, wir können dieser Stiftung auch Unterstützung geben, damit sie zukünftig auf einer breiten Basis in die richtigen Bahnen gelenkt wird. Die Einbindung des Parlaments bei der Neustrukturierung bietet uns endlich die Chance, unsere zum Teil vorgetragene Kritik am bisherigen Konzept in einen konstruktiven Veränderungsprozess einzubringen.

Die BGSH muss endlich auf fachlich breite Füße gestellt werden. Ich nehme da durchaus Bezug auf das, was der Kollege Klug gesagt hat. Für uns ist es auch wichtig – denn es geht ja auch Haushaltsmittel in diesem Haushalt, aber auch zukünftig – dass die Stiftung die **Verwendung der Haushaltsmittel** transparent macht.

Es müssen endlich aussagekräftige **Finanzberichte** erstellt werden. Aus unserer Sicht reicht es nicht aus, wenn nur die geförderten Institutionen gelistet werden und der Rest unter „Allgemeine Kosten“ verbucht wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Gedenkstätten in Schleswig-Holstein personell auf tragfähige Füße gestellt werden. Frau Ministerin, wenn Sie mit Initiativen sprechen, müssen Sie auch gemerkt haben, dass viele, die sich ehrenamtlich engagieren, überlastet sind und die personale Ausstattung zum Teil desaströs ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir freuen uns auf die gemeinsame Arbeit, die vor uns liegt, in dem Wissen, dass wir damit gemeinsam ein Stück weit Verantwortung in die Hand nehmen und versuchen, dieser gerecht zu werden. - Danke für die Aufmerksamkeit.

Drucksache [18/3183](#) (neu/2.Fassung) wurde von den Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Piraten sowie der Abgeordneten des SSW angenommen.